

Bezugspreis: Vierteljährlich 9.-, Halbjährlich 16.-, Vierteljährlich 24.-, Monatlich 3.-, wozu ein Postzuschlag von 10% zu rechnen ist.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 14. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Heute Abstimmung im Verkehrsstreik.

Heute, vormittags 9 Uhr, stimmen die Straßenbahner geheim über die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Auf den Stimmzetteln stehen nur die Worte Streik - Arbeit. Die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn versammeln sich vormittags im Bahnhof Gleisdreieck.

(Bericht siehe 3. Seite.)

Unsere Kriegsgefangenen kehren zurück!

Und wird gemeldet: Die Rückkehr der Kriegsgefangenen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet hat begonnen. Gestern und heute sind mehrere Transportzüge eingetroffen. Es handelt sich um Truppen aus Saloniki, die zum Teil im besetzten linksrheinischen Gebiet und zum Teil im rechtsrheinischen und westfälischen Industriegebiet beheimatet sind.

Oesterreichische Gegenvorschläge in Versailles.

St. Germain, 12. Juli. Die deutsch-oesterreichische Friedensdelegation hat heute eine neue Note überreicht, die genau formulierte Gegenvorschläge zu sämtlichen Klauseln des Vertragsentwurfes, ausgenommen die wirtschaftlichen Bestimmungen, macht.

Bestätigung unsrer Friedensratifikation durch Clemenceau.

Versailles, 12. Juli. Ministerpräsident Clemenceau hat eine Note folgenden Inhalts an den Präsidenten der deutschen Friedensdelegation gerichtet:

Sie haben mir durch Note vom 10. Juli mitgeteilt, daß der Präsident des Deutschen Reichs („reich allemand“) am 9. dieses Monats nach Zustimmung der gesetzgebenden Versammlungen die Ratifikation des am 28. Juni geschlossenen Friedensvertrages, des angeschlossenen Protokolls und des Abkommens betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande, die am selben Tag unterzeichnet wurden, vollzogen hat.

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Kenntnis davon genommen haben, daß die ordnungsmäßige und vollständige Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Deutsche Republik ihnen offiziell notifiziert wurde.

Persien und der Frieden.

Versailles, 13. Juli. Die persische Regierung überreichte der Friedenskonferenz in Paris eine Note, in der sie gegen die Verletzung der politischen, wirtschaftlichen und juristischen Unabhängigkeit Persiens protestiert. Vor und während des Krieges seien ihm Verträge und Abmachungen und Konzessionen abgerufen worden, die seine Unabhängigkeit vermindern, und die seine wirtschaftlichen und politischen Interessen geschädigt hätten.

Die Schweizer Sozialdemokratie.

Eintritt in die bolschewistische Internationale. - Ablehnung des Völkerbundes.

Bern, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratie hat in seiner Sitzung in Olten sich mit der Basler internationalen Sozialistenkonferenz beschäftigt. Mit 26 gegen 2 Stimmen wurde ein Antrag auf Beitritt zur dritten Internationale, mit 20 gegen 10 Stimmen ein Antrag auf Propaganda gegen Eintritt in den Völkerbund und einstimmig ein Antrag auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise gefaßt.

Keine freie Fahrt für deutsche Schiffe.

Haag, 13. Juli. Holländisch Neuwäsbureau meldet aus London: Durch die Ratifizierung des Friedensabkommens wurde der Handel mit Deutschland den Alliierten und Neutralen künftig wieder gestattet. Der Handel bleibt lediglich den Bestimmungen jedes einzelnen Landes unterworfen, sowie dem Vorbehalt, daß Schiffe mit feindlicher Flagge keine Reise machen dürfen, zu der sie nicht von der alliierten maritimen Waffenstillstandskommission ermächtigt sind.

Gegen den Ententekapitalismus!

Aufruf des Vollzugsausschusses der A.-Räte Deutschösterreichs.

Wien, 13. Juli. Ein Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutschösterreichs in der Arbeiterzeitung weist auf die kraftvolle Rundgebung von Proletariern der Ententeländer gegen den heutigetägigen Imperialismus und gegen das geplante Eingreifen der Entente in Rußland und Ungarn hin und ruft das Proletariat zur Bekämpfung des Imperialismus und der Gegenrevolution sowie zur Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf.

Trustbildungen amerikanischer Fleischproduzenten.

Haag, 13. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwäsbureau.) Holländisch Neuwäsbureau meldet aus Washington: Die Staatshandelskommission hat in einem Bericht an Wilson erklärt, daß es nunmehr nachweislich feststehe, daß die fünf großen Fleischproduzenten Chiles sich die Kontrolle über sämtliche wichtigen Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten erobert haben und daß sie weiter Beziehungen mit ähnlichen Organisationen im Ausland unterhalten, wodurch ihre Herrschaft sich über sehr viele Nahrungsmittel auf der ganzen Welt ausdehnt.

Die Bevölkerung der ganzen Erde hat ein starkes Interesse daran, daß die Ernährungsmittel Amerikas, die Europa mitverforgen, nicht in die Gewalt einer Kapitalisten-gruppe gerät, die durch willkürliche Preisfestschraubung Verarmung und Not des Proletariats herbeiführen kann.

Einigungsbestrebungen im Kattowitzer Eisenbahnerstreik.

Wiederaufnahme der Arbeit.

In einer Sitzung des Staatskommissars Hörning mit den Deputierten der streikenden Kattowitzer Eisenbahner wurde beschlossen, zur Regelung der strittigen Fragen eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die mit dem Eisenbahn- und Finanzminister in Berlin verhandeln solle.

Ein Notgesetz!

Die schwierige innerpolitische Situation Deutschlands, die besonders durch die Wirkungen des Verfalls der Gewaltfriedens und dann auch durch die Behandlung der Schulfrage gelegentlich der Verfassungsberatungen in Weimar geschaffen worden ist, birgt für Preußen und damit namentlich für die staatliche Einheit des deutschen Volkes Gefahren in sich.

Die sozialdemokratische Partei hat die Schwierigkeit der ganzen Situation voll gewürdigt. Nicht Schwäche war es, daß sie mit dem Zentrum in der Frage der Konfessionsschule zu einem Kompromiß zu kommen verwehrt hat, sondern das volle Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der unmittelbar drohenden Gefahr des Auseinanderfallens des Reiches im Osten und Westen.

Unsere Leser wissen, daß in der letzten Zeit in Weimar im Zusammenhang mit den Beratungen über die Schulfrage in der Reichsverfassung sehr eingehende Beratungen mit preussischen Ministern stattgefunden haben.

Das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht nun eine Information, die wir wiedergeben, und in der ein Ausweg aus der akuten Gefahr in der Einführung provinzieller Autonomie in Schul- und Verwaltungsangelegenheiten angedeutet wird.

Wenn Vorkitz heißt, das Notwendige erkennen und das Notwendigste sofort tun, so haben wir es hier zweifellos mit einem Akt von hoher politischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands zu tun. Die weltliche Schule liegt uns gewiß allen am Herzen und wir hätten sehr gewünscht, daß dem deutschen Volke diese große Garantie künftiger freier geistiger Entwicklung hätte gegeben werden können.

Durch ein Gesetz der angedeuteten Art wird es sich wahrscheinlich ermöglichen lassen, die drohende Reichsflucht der rein katholischen Gebietsteile, deren Bevölkerung die hohe Bedeutung freier geistiger Fortschritte noch nicht voll erfährt hat, aufzuhalten.

Die bedeutendste Veränderung des gegenwärtigen Verwaltungssystems liegt in der Schaffung einer autonomen Provinz Oberschlesien, wodurch den lebhaften Wünschen Oberschlesiens auf Selbstständigkeit im denkbar weitesten Maße Rechnung getragen wird.

Die preussische Verwaltung ist stets von dem Gedanken ausgegangen, daß Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen. Da indessen zurzeit der Übergang zum Unitarismus durch bundesstaatliche Hemmungen außerhalb Preußens gehindert ist, sucht die preussische Verwaltung den Zusammenhalt des preussischen Staates





